

MIGRATION

FAKTEN UND ANALYSEN ZU LIECHTENSTEIN

WILFRIED MARXER (HG.)



MIGRATION

FAKTEN UND ANALYSEN ZU LIECHTENSTEIN

WILFRIED MARXER (HG.)

SEPTEMBER 2012

Liechtenstein-Institut
Auf dem Kirchhügel
St. Luziweg 2
FL - 9487 Bendern
Liechtenstein

Dieser Bericht entstand im Auftrag der Regierung des Fürstentums Liechtenstein.
Für die einzelnen Beiträge zeichnen die jeweiligen Autorinnen und Autoren
verantwortlich.

Der Bericht kann auf der Website des Liechtenstein-Instituts gratis per Download
bezogen werden (www.liechtenstein-institut.li).

PROJEKTLEITUNG

Liechtenstein-Institut
Auf dem Kirchhügel
St. Luziweg 2
FL- 9487 Bendern
Liechtenstein
Tel: +423 373 30 22
E-Mail: admin@liechtenstein-institut.li
www.liechtenstein-institut.li

GESTALTUNG

Sabrina Vogt
www.vogtonikum.li

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	6
WILFRIED MARXER HERAUSFORDERUNG MIGRATION IN UND FÜR LIECHTENSTEIN – SYNTHESEBERICHT	8
CHRISTIAN FROMMELT EUROPARECHTLICHE UND EUROPAPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN DER MIGRATION	58
KERSTEN KELLERMANN, CARSTEN-HENNING SCHLAG, SILVIA SIMON ÖKONOMIE, ARBEITSKRÄFTE UND ZUWANDERUNG	84
PETER DROEGE MIGRATION, SIEDLUNG UND REGION – SCHLÜSSEL ZUR RÄUMLICHEN NACHHALTIGKEIT	120
MORITZ RHEINBERGER ÖKOLOGISCHE IMPLIKATIONEN DES BEVÖLKERUNGSWACHSTUMS	142
LUCIA GASCHICK WAS KANN ZUWANDERUNG ZUR LANGFRISTIGEN NACHHALTIGKEIT DER LIECHTENSTEINISCHEN SOZIALVERSICHERUNGSSYSTEME BEITRAGEN? EINE ANALYSE ANHAND DER GENERATIONENBILANZ 2007	164
MARTINA SOCHIN D’ELIA LIECHTENSTEINISCHE AUSLÄNDERPOLITIK: ZWISCHEN WUNSCHDENKEN UND WIRKLICHKEIT	184
WILFRIED MARXER PARTIZIPATION IM KONTEXT VON MIGRATION UND INTEGRATION	208
PETER GILGEN KULTUR UND MIGRATION	228

KULTUR UND MIGRATION

Prof. Dr. Peter Gilgen, Professor für German Studies und Mitglied des Graduate Field in Vergleichenden Literaturwissenschaften an der Cornell University, Ithaca, New York. Forschungsschwerpunkte sind die allgemeinen Kulturwissenschaften; dabei besonders die Wechselwirkung zwischen Philosophie und Literatur seit dem 18. Jahrhundert; Diskursanalyse; Semiotik; Systemtheorie; Kriterien und Kritiken der Rationalität.

pg33@cornell.edu / www.german.cornell.edu

EINLEITUNG	230
DIE PLURALISTISCHE HERAUSFORDERUNG	230
MIGRATIONSPROBLEME AUS KULTURELLER PERSPEKTIVE	236
KULTURELLE KONFLIKTE UND PROBLEME DER INTEGRATIONSPOLITIK	239
AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT	240
WAS TUN?	243
LITERATUR	247

Im Vergleich zu anderen westlichen Staaten war Liechtenstein bisher weniger von multikulturellen und pluralistischen Herausforderungen betroffen, denn trotz des hohen Ausländeranteils an der Wohnbevölkerung von über 33 Prozent¹ stammt nur eine relativ geringe Anzahl Migranten aus Ländern, die nicht durch westliche kulturelle Identitäten geprägt sind. Diese Tendenz wird sich in Zukunft aus wirtschaftlichen Gründen voraussichtlich ändern, denn sowohl der Bedarf an Führungskräften als auch an weniger qualifizierten Arbeitern wird längerfristig aus demografischen und Wettbewerbsgründen nicht mehr durch europäische Arbeitskräfte zu decken sein. Dieser Beitrag untersucht bestehende kulturelle Spannungen und die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Hinblick auf kommende pluralistische Herausforderungen. Im Schlussteil werden einige Handlungsempfehlungen erörtert.

Die Behandlung der in diesem Teilbericht untersuchten kulturellen Fragen kann zwar in manchen Fällen von statistischen Daten profitieren. Die eigentlichen Fragestellungen beziehen sich allerdings auf konkrete Praktiken und Haltungen, zu denen es oft entweder keine statistischen Erhebungen gibt oder die sich gar nicht statistisch erfassen lassen. Wie in den Kulturwissenschaften üblich wird sich die folgende Analyse daher auch auf Einzelfälle und Beispiele (anecdotal evidence) stützen, aus denen sich plausible Hypothesen ableiten lassen, die in weiteren Schritten auch durch aufwendigere quantitative Verfahren überprüft werden können.

DIE PLURALISTISCHE HERAUSFORDERUNG

Zwei Elemente sind bezeichnend für die kulturelle Problematik der Migration aus liechtensteinischer Sicht: Einerseits steht ein statisches Verständnis von Kultur im Vordergrund. Dies ist besonders bemerkenswert, gerade weil sich Liechtenstein schwer tut, die eigene kulturelle Identität im Unterschied zur grösseren Region und generell zu den Nachbarstaaten zu definieren. Friedrich Dürrenmatts Beobachtung, dass die Liechtensteiner "Österreicher und Schweizer zugleich sein [wollen] und Liechtensteiner noch dazu", trifft diesen Sachverhalt genau.² Konkret resultiert daraus ein patriotischer Exzeptionalismus, der sich auf das 300-jährige "Erfolgsmodell" Liechtenstein beruft und die Wechselfälle und Zufälligkeiten der Geschichte zu einem kohärenten national-konservativen, monarchistisch-autoritären Identitätsangebot strafft, jedoch zugleich am wirtschaftlichen und technischen Fortschritt der Moderne in höchstem Masse teilhat. Die nostalgisch-konservative Sicht verwandelt Geschichte erfolgreich in Fügung; das Gemachte wird nicht als solches erkannt, sondern naturalisiert. Der daraus resultierende Mythos dient als unhinterfragbare Grundlegung der liechten-

1 Am 31. 12. 2010 betrug der Ausländeranteil 33,2 Prozent. Amt für Statistik (2011), S. 22.

2 Dürrenmatt 1989, S. 61.

steinischen politischen und kulturellen Identität, die zu gegebenen Anlässen gefeiert und zur ideologischen Selbstvergewisserung angesichts eines als bedrohlich wahrgenommenen politischen und kulturellen Modernisierungsdrucks herangezogen wird.

Andererseits führt der liechtensteinische Exzeptionalismus ein wenig flexibles Verständnis von Kulturen als in einem Nullsummenspiel begriffenen Entitäten mit sich. Ein Mehr von anderen Kulturen wird als ein Zurückdrängen und eine Bedrohung der eigenen Kultur interpretiert. Daraus ergibt sich auf der innerstaatlichen Mikroebene ein Bild, das an Samuel Huntingtons auf globaler Makroebene angesiedelten “clash of civilizations” erinnert.³ In beiden Fällen wird kulturelle Identität als Schicksal begriffen – als eine prinzipiell unveränderliche, transhistorische Grösse, der eine weitgehende kausale Wirkung zugeschrieben wird (man spricht dann gern von der unterschiedlichen “Mentalität” verschiedener Ethnien, Nationalitäten oder Religionen). Unter diesen Umständen wird kulturelle Vielfalt, die sich nicht auf oberflächlichen Kulturkonsum beschränkt,⁴ als Bedrohung der eigenen Identität erscheinen.

Der kanadische Philosoph Charles Taylor, der jahrzehntelang an der McGill University in Montreal und somit an der Schnittstelle zweier oft antagonistischer Kulturen tätig war, widmete den grössten Teil seines Werks der Problematik kultureller Anerkennung. Dabei wies er auf zwei grundlegende Aspekte hin, die nicht ohne weiteres in Einklang zu bringen sind. Diese Diskrepanz ist auch für die liechtensteinische Entwicklung relevant. Die Wandlung von stratifizierten zu funktional differenzierten Gesellschaften, die den Beginn der Moderne markiert, erfasst Taylor primär als einen Wertewandel. Zunächst wurde standesgemässe Ehre (honor) durch universale Würde (dignity) ersetzt.⁵ Erst auf dieser Grundlage konnten sich moderne Identitätskonzepte entwickeln.⁶ Der erste Schritt führte zu einer “Politik des Universalismus”, zu der die Menschenrechte ebenso gehören wie die Gleichbehandlung aller BürgerInnen vor dem Gesetz. Auch wenn der genaue Umfang dieses Universalismus in der Praxis variieren mag, so ist doch unumstritten, dass sein prinzipieller Anspruch eine nicht verhandelbare moderne Entwicklung darstellt. Tatsächlich musste sich dieser Anspruch jedoch vielerorts erst mühsam durchsetzen.⁷ In Bezug auf Liechtenstein ist es von Bedeutung, dass der sogenannte Dualismus zwischen Volk und Fürst, der dem liechtensteinischen Exzeptionalismus zugrunde liegt, im Prinzip eine Infragestellung des modernen Universalismus darstellt. Diese durchaus diskussionswürdige Tatsache

3 Huntington (1993). Huntington (1996) erweiterte seine Theorie vom Zusammenprall der Kulturen in seinem einflussreichen Buch, wobei die Frage nach dem “clash of civilizations” im Titel seines Essays drei Jahre später im Titel des Buches zur Gewissheit wurde.

4 Fish (1997) nennt diese Weise, sich in einer de facto multikulturalistischen Welt zu bewegen, treffend “boutique multiculturalism”: Man trägt gern italienische Schuhe, kennt sich aus beim französischen Wein und liest englische Krimis, ohne dass die eigene kulturelle Position (und die Überzeugung von ihrer Richtigkeit) davon berührt würde.

5 Taylor (1994), S. 27 und 37.

6 Taylor (1994), S. 28-38.

7 Die allmähliche Durchsetzung der Bürgerrechte der Afro-Amerikaner in den 1950er und 1960er Jahren in den USA kann hier ebenso als Beispiel dienen wie die Einführung des Frauenstimmrechts in Liechtenstein im Jahre 1984.

wird von einem Grossteil der liechtensteinischen BürgerInnen, insbesondere den Befürwortern einer starken Monarchie, als unantastbar betrachtet und geradezu instinktiv mit dem Ausnahmestatus des Landes in Verbindung gebracht.

Die liechtensteinische Einschränkung der modernen demokratischen Grundlagen führt konsequenterweise auch zu Einschränkungen bei der Schaffung von Öffentlichkeit und der Möglichkeit öffentlicher Diskussion, die von nahezu allen namhaften Theoretikern moderner Politik als unverzichtbar für eine funktionierende politische Gemeinschaft angesehen wird.⁸ Durch diese demokratischen Defizite wird dem Diskurs der schweigenden Mehrheit mehr Macht eingeräumt. Zugleich wird das Einverständnis mit dieser impliziten Mehrheitsmeinung zu einem Zugehörigkeitsmerkmal stilisiert, das eine identitätsstiftende Wirkung entfaltet, ohne jedoch öffentlich verhandelbar, geschweige denn argumentativ nachvollziehbar zu sein. Ganz im Gegenteil gilt gerade das liechtensteinische Modell einer halben Moderne als Erfolgsgarant und als gleichsam naturalisierter Grundbestand der liechtensteinischen kulturellen Identität. Damit nimmt es aber auch den Status eines ideologischen Ausschlussinstruments an, das jederzeit gegen unliebsame Kritik aller Art mobilisiert werden kann.

Dies hat direkte Konsequenzen auch für die zweite von Taylor konstatierte moderne Entwicklung, die sich zunächst im Einklang mit dem Universalitätsanspruch abspielt, ihm jedoch letztlich zum inneren Widerpart wird.⁹ Gemeint ist hier, was Taylor "the modern notion of identity" nennt, die zu einer "politics of difference" führe.¹⁰ Für die Migrationsproblematik und die Bestimmung des Status von MigrantInnen ist die Frage nach der Differenz entscheidend. Denn von der Art ihrer Beantwortung hängt es ab, wie eine Bevölkerung mit kulturellen Unterschieden umgeht und ob eine andere Lebensweise nicht nur toleriert, sondern als gleichberechtigt angesehen und im aktiven Sinn akzeptiert wird.

Als einfaches Beispiel könnte hier die Auseinandersetzung um einen islamischen Friedhof in Liechtenstein gelten. Eine solche Diskussion, die wie im Falle des Begräbnisses eines der grundlegenden Rituale menschlicher Gemeinschaften betrifft, sollte nicht primär durch formelle Hindernisse bestimmt werden, die erst durch hehre Anforderungen zur Toleranz allmählich beseitigt werden. Unter derartigen Bedingungen wird eine Minderheitskultur mit einem berechtigten Anliegen in die Rolle des demütigen Bittstellers gedrängt, der für die gezeigte Toleranz dankbar zu sein hat. Dadurch wird das Bewusstsein grundlegender kultureller Ungleichheit auf beiden Seiten verstärkt.

8 So unterschiedliche Denker wie Hannah Arendt, Jürgen Habermas, Amartya Sen, Charles Taylor, Michael Walzer u.v.m. sind sich in diesem Punkt einig.

9 Dazu Taylor (1994), S. 38f.

10 Taylor (1994), S. 38.

Besser – im Sinne einer Verständigung über kulturelle Differenzen hinweg – wäre es in diesem Falle, die spezifische, kulturell und religiös codierte Form der Bestattung (die eine lange Tradition hat und andernorts auch nicht zu gravierenden Umweltproblemen etc. führte) den Antragsstellern, die im Namen einer kulturell identifizierbaren Gruppe auftreten, als Recht zuzugestehen, was nicht ausschliesst, dass eventuell andere Rechtsgüter zu schützen sind. Bestehende Gesetze sollten so auf neue Gegebenheiten angewendet werden, dass sie zwar wie in einem Rechtsstaat üblich mit dem ursprünglichen Auftrag des Gesetzgebers in Einklang stehen, ohne jedoch zulässige kulturelle Praktiken, die zwar keine Rechte anderer tangieren, aber von Einheimischen als fremd empfunden und daher abgelehnt werden, unnötig und unzumutbar einzuschränken. Um eine solche nicht nur ideelle, sondern auch materielle Integrationspolitik zu erleichtern, ist umfangreiche Aufklärungsarbeit notwendig – am besten in der Form nachhaltiger und institutionalisierter kultureller Bildung, die sich nicht nur auf jeweils aktuelle Konfliktthemen bezieht, kulturelle Differenzen nicht als unüberwindliche Grenzen definiert und Kultur nicht als einen unveränderlichen transhistorischen Bestand vertrauter Praktiken auffasst. Nur auf einer solchen Grundlage sind friedliche Koexistenz und wirkliche Integration dauerhaft zu erreichen. Dies bedeutet aber auch, dass Integration nicht einfach aus Eingliederungsleistungen von Migranten besteht, sondern ebenso der einheimischen Bevölkerung eine aktive und engagierte Auseinandersetzung mit kulturellen Praktiken und Werten der Zugewanderten abverlangt.

Für Ian Buruma besteht die Lösung kultureller Binnenkonflikte in modernen Gesellschaften darin, jeweils die gegenläufigen – liberal universalistischen und kulturell spezifischen – Forderungen abzuwägen und gleichsam miteinander zu konjugieren. Dies bedeutet, einerseits “gegenüber den kulturellen Bräuchen von Minderheiten [...] Toleranz [zu] üben” und andererseits die bürgerlichen Freiheiten prinzipiell “auf alle Menschen auszudehnen”.¹¹ Im Falle eines Konflikts wäre etwa das Recht des Einzelnen auf freie Partnerwahl höher einzuschätzen als die Wahrung kultureller oder familiärer Heiratstraditionen. Es braucht kaum erwähnt zu werden, dass zumindest aus philosophisch-theoretischer Sicht gerade an dieser jederzeit nur schwer auszumachenden Grenze der Toleranz, die entscheidenden Gefechte und Diskussionen stattfinden, die je nach kulturellem Kontext und politischen Vorgaben zu unterschiedlichen Lösungsansätzen führen können, wie etwa die Entscheidungen in verschiedenen europäischen Staaten bezüglich eines Kopftuchverbotes für muslimische Schülerinnen oder Lehrerinnen belegen.¹²

In Zusammenhang mit der Frage nach den gegenwärtigen und zukünftigen kulturellen Auswirkungen von Migration in Liechtenstein wäre zwar eine Güterabwä-

¹¹ Buruma (2002), S. 245.

¹² Dass gerade seit den Anschlägen vom 11. September 2001 die Restriktionen in vielen westlichen Ländern und unter unterschiedlichen rechtlichen Voraussetzungen gegenüber bestimmten muslimischen Praktiken zugenommen haben – hier wäre auch an das oft diskutierte und zum Teil schon erlassene Burkaverbot zu denken –, hat zwar das Verhältnis der beiden von Buruma formulierten Forderungen zueinander verschoben, aber nicht ausser Kraft gesetzt.

gung zwischen den beiden von Buruma angeführten Imperativen ein guter Anfang für eine entsprechende Weichenstellung, allerdings erfasst eine solche Perspektive einen wesentlichen Teil der praktischen Problematik nicht. Schon eine erste genauere Betrachtung ergibt, dass in Liechtenstein das Bewusstsein für eine von kultureller Diskriminierung freie Anwendung liberaler Grundsätze eher schwach ausgeprägt ist. Dies hängt mit einer gewissen Problematik der freien Meinungsäußerung zusammen, die bei kontroversen politischen Themen besonders in den Leserbriefspalten der beiden Tageszeitungen deutlich wird.¹³ Trotz rechtlicher Garantien, die auch von der Ordnungsgewalt durchgesetzt werden, tut sich die liechtensteinische Gesellschaft noch immer schwer, wenn es um politische Meinungsbildung mittels öffentlicher und sachlicher Diskussion geht. Dies liegt zu einem nicht geringen Teil an einem grundlegenden Demokratiedefizit und dem Fehlen einer gewachsenen Diskussionskultur und politischen Öffentlichkeit. Dass gerade diese grundlegenden Elemente der Kultur des Westens, die seit der Aufklärung zum Massstab moderner politischer Gemeinwesen geworden sind, in Liechtenstein aus historischen und institutionellen Gründen erst rudimentär vorhanden und relativ schwach ausgebildet sind, erschwert einen Kulturkontakt, der in der beschriebenen rationalen Güterabwägung sein Mass fände. Stattdessen besteht in Liechtenstein die Gefahr, dass fundamentalistische Kulturauffassungen oft hart aufeinanderprallen: hier die katholisch-monarchistisch orientierte Mehrheitskultur, deren Demokratieverständnis im Vergleich zum allgemeinen westlichen Standard nur als eingeschränkt bezeichnet werden kann und deren Diskussionskultur sich eher an autoritären Wunschvorstellungen als am Diskurs des besseren Arguments orientiert; da die Einwanderer aus voneinander sehr verschiedenen und auch intern heterogenen Kulturen, von denen in absehbarer Zukunft vor allem die Einwohner aus dem Balkan, aus der Türkei und dem Nahen Osten und längerfristig auch aus Schwarzafrika besonders aufgrund ihrer ethnisch-kulturellen und religiösen Überzeugungen im Konflikt mit der liechtensteinischen Mehrheitskultur stehen werden. Dieser Konflikt, der bereits in anderen europäischen Staaten zu beobachten ist, wird durch die Verteidigungshaltung der einheimischen Kultur dialektisch verschärft,¹⁴ da in der Folge die Angehörigen der fremden Minderheiten sich vermehrt auf die Identifikationsangebote ihrer Herkunftskulturen besinnen und sich zunehmend von der öffentlichen Kultur des Aufenthaltslandes entfernen und nicht selten ganz davon abkoppeln. Diese Entwicklung hat in Liechtenstein zur Zeit allerdings noch nicht dasselbe demografische Gewicht wie etwa in Deutschland oder

13 Ein kursorischer Blick etwa auf die Leserbriefe, die in den Landeszeitungen im Vorfeld der Abstimmung vom 1. Juli 2012 über die Abänderung des Sanktionsrechts des Fürsten veröffentlicht wurden, genügt, um sich davon zu überzeugen, dass die öffentliche Diskussionskultur in Liechtenstein recht schwach ausgebildet ist: Nicht selten in gehässigem Ton gehaltene ad-hominem-Angriffe übertreffen besonnen argumentierende Stellungnahmen bei weitem.

14 Diese Polarisierung wird im benachbarten Österreich im ausländerfeindlichen Abstimmungsslogan "Daham statt Islam", den die FPÖ auf ihren Plakaten für die Nationalratswahlen 2006 verwendete, auf exemplarische Weise deutlich, da hier der Gebrauch des regionalen Dialekts der Dialektik zwischen vertrauter Heimat und als bedrohlich empfundenen Fremdeinflüssen eine besondere rhetorische Schärfe verleiht. Dasselbe Stilmittel der extremen Polarisierung liegt auch den in die gleiche Kerbe schlagenden FPÖ-Slogans "Deutsch statt nix versteh'n", "Lieber Heimreise statt Einreise" und "Pummerin statt Muezzin" zugrunde und wurde von der FPÖ 2012 erneut eingesetzt: Der bei den Innsbrucker Kommunalwahlen verwendete Plakat-Slogan "Heimatliebe statt Marokkaner-Diebe" erregte internationales Missfallen; Ermittlungen wegen Volksverhetzung folgten.

auch in der Schweiz. Tatsächlich sollten solche Polarisierungen weder als unvermeidlich noch als unumkehrbar verstanden werden. Eher drückt sich in ihnen ein latenter Handlungsbedarf aus, der sich allerdings nur unter den immer wieder zu erneuernden Bedingungen einer liberalen Öffentlichkeit verwirklichen lässt.

Zeitgenössische pluralistische Gesellschaften müssen sich damit abfinden, dass eine steigende Anzahl von BürgerInnen (seien es StaatsbürgerInnen oder unter erschwerten Einbürgerungsbedingungen, wie sie in Liechtenstein vorherrschen, auch nur EinwohnerInnen) Kulturen angehören, durch die bislang akzeptierte philosophische Grundlagen des Gemeinwesens und kulturelle Grenzziehungen zunehmend in Frage gestellt werden. Religiöse, ethische und rechtsstaatliche Vorstellungen, die bislang selbstverständlich und geradezu naturwüchsig schienen, sehen sich vermehrt der Kritik ausgesetzt. Kulturelle Traditionalisten sowohl unter der einheimischen Bevölkerung als auch unter den Zugewanderten lehnen solche Diskussionen in vielen Fällen grundsätzlich ab und ziehen sich stattdessen auf fundamentalistische Positionen zurück. Dem Staat und der Gesellschaft stellt sich daher die Aufgabe, Gefühlen kultureller und politischer Marginalisierung zu begegnen, ohne die wesentlichen demokratischen und freiheitlichen Prinzipien zu gefährden. Bislang war Liechtenstein von solchen Herausforderungen weniger betroffen als seine Nachbarstaaten, da seit der ersten Gastarbeitergeneration bis auf den heutigen Tag die überwiegende Anzahl von Migranten aus relativ kompatiblen, westlich geprägten Kulturen stammte (während etwa in Deutschland türkischstämmige Zuwanderer die zahlenstärkste Minderheit sind, deren grösster Anteil zudem aus der kulturell weit von Europa entfernten Osttürkei stammt, generell ein niedriges Bildungsniveau aufweist und mit den grundlegenden Werten der westlichen Moderne wenig vertraut ist).

Neben dem relativ geringen Anteil von Immigranten aus fundamental fremden Kulturen haben auch die konservative Niederlassungspolitik und die restriktive Asylpolitik, die regelmässig zur Frage Anlass gibt, ob Liechtenstein seinen humanitären Verpflichtungen nachkommt,¹⁵ dazu beigetragen, dass die Bevölkerung trotz des hohen Ausländeranteils (der u. a. durch die sehr zurückhaltende Einbürgerungspraxis zu erklären ist) kulturell im Vergleich zu anderen mitteleuropäischen Ländern recht homogen geblieben ist. In den letzten Jahren, die von einer Öffnung gegenüber Europa gekennzeichnet waren (einschliesslich solch schwieriger Herausforderungen wie der freien Niederlassung und Berufsausübung), konnte allerdings eine zunehmende Verhärtung der ablehnenden Haltung gegenüber Ausländern und immer wieder

15 Bei der Aufnahme von Flüchtlingen orientiert sich Liechtenstein an internationalen Standards. Allerdings wird Flüchtlingen generell nur ein befristeter Aufenthalt gewährt, bis die Verhältnisse im Herkunftsland wieder als zumutbar eingeschätzt werden. Bei der eigentlichen Asylgewährung erweist sich die liechtensteinische Praxis als extrem restriktiv.

auch das Aufflammen eines reaktionären Kulturchauvinismus beobachtet werden.¹⁶ Dies lässt sich u. a. an der Entwicklung der rechten Szene (von professionell aufgemachten Flugblättern völkisch-nationalistischen Inhalts bis zu Anschlägen auf ausländische Wohnhäuser und Geschäfte) und Kontroversen im Asylbereich ablesen. Fremdenfeindliche Positionen, die an jene der schweizerischen SVP oder der österreichischen FPÖ erinnern, erfreuen sich auch in Liechtenstein einer beträchtlichen, wenn auch selten in den Print-Medien geäußerten Unterstützung. Vielleicht noch schwerer wiegt, dass selbst gut gemeinte Initiativen zur Ausländerintegration von der Voraussetzung ausgehen, dass der Einwanderer sich möglichst unauffällig in die als stabil und relativ statisch begriffene einheimische Kultur einfügen solle. Über welche zusätzlichen, die Mehrheitskultur ergänzenden und bereichernden kulturellen Kompetenzen ein Migrant verfügt, wird dabei zu wenig berücksichtigt. Allerdings werden solche Assimilationserwartungen, die auf eine einheitliche kulturelle Identität abstellen, unter den Bedingungen des globalen Multikulturalismus zunehmend illusorisch und inpraktikabel.¹⁷ Ausserdem stellt ein solch einseitiges Integrationsangebot für kulturell selbstbewusste Immigranten keine attraktive Option dar.

MIGRATIONSPROBLEME AUS KULTURELLER PERSPEKTIVE

Um die Migrationsproblematik aus kultureller Sicht näher zu betrachten, sind vor allem folgende Bereiche relevant:

- (1) Sprache
- (2) Bildung
- (3) Kultur im umfassenden Sinn von Lebensform (unter Einschluss von Religion, Ethnie und Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht)

Ad (1): Sprachliche (Selbst-)Identifikation geschieht in Liechtenstein auf zweifache Weise. Einerseits ist die deutsche Hochsprache Amtssprache; andererseits ereignet sich das Alltagsleben vorwiegend im Dialekt. Soziale Zugehörigkeit drückt sich dementsprechend in Graden aus: Wer des Dialekts nicht mächtig ist, gilt als Aussenstehender. In jüngster Zeit gab es in Liechtenstein ähnlich wie in der Schweiz Bestrebungen, den Kindergartenunterricht durchgehend oder wenigstens teilweise im Dialekt durchzuführen. Damit wird dem Dialekt zur Zeit wieder eine grössere Rolle

¹⁶ Diese Tendenz wurde durch die ganz allgemein in der westlichen Welt zu beobachtende verschärfte Haltung gegenüber nicht-westlichen, insbesondere muslimischen Kulturen nach den Anschlägen vom 11. September 2001 noch begünstigt. Besonders problematisch ist dabei die oft undifferenzierte Gleichsetzung der Verteidigung liberaler Werte mit der kompromisslosen Ablehnung muslimischer Kultur und des Islams. Dass in diesem Zusammenhang die Berufung auf liberale Werte selbst nur allzu leicht zum unreflektierten Fundamentalismus mutiert und somit die eigenen Grundlagen untergräbt, wird viel zu wenig in Betracht gezogen.

¹⁷ Dazu Sen (2006).

in der kulturellen Selbstbestimmung zugeschrieben.¹⁸ Dies bedeutet jedoch auch eine schärfere Abgrenzung zwischen vor Ort aufgewachsenen und sozialisierten Einwohnern und solchen, die erst später in Liechtenstein ansässig wurden.¹⁹ Die Betonung sprachlicher Eigenständigkeit führt den Ausschluss grösserer Teile der Bevölkerung aus vielen sozialen Interaktionen mit sich.

Gleichzeitig zeigt sich sowohl bei einheimischen als auch ausländischen bildungsfernen Schichten ein Handlungsbedarf in Bezug auf die Hochsprache, die oft nur ungenügend beherrscht wird. Eine einseitige Betonung des Dialekts wäre daher schon auf der Kindergartenstufe der längerfristigen Integration von AusländerInnen eher nicht dienlich. Dies gilt besonders für Kinder aus sozial benachteiligten und bildungsfernen fremdsprachigen Familien, für die eine gute Beherrschung der Hochsprache eine wesentliche Voraussetzung für den Schulerfolg und die weitere berufliche Laufbahn darstellt. In Anbetracht der seit langem etablierten Ergebnisse der Spracherwerbsforschung ist davon auszugehen, dass die Kinder im täglichen Umgang den Dialekt ohnehin als informellen Code kennenlernen und schliesslich auch beherrschen. Auf gezielten Unterricht in der Hochsprache kann dagegen gerade im aus linguistischer Sicht überaus empfänglichen Kindergarten- und Unterstufenalter nicht verzichtet werden, ohne spätere Sprach- und Bildungsdefizite in Kauf zu nehmen. Dies schliesst jedoch ein sinnvolles Nebeneinander von Hochsprache und Dialekt im Unterricht nicht aus. Verfehlt wäre allerdings eine Bildungspolitik, die den Dialekt als ein Identitätsmerkmal auf Kosten der hochsprachlichen Kompetenz in den Vordergrund rückte. Eine solche kulturalistische und sogar nationalistische Bildungspolitik führt nicht nur zur Diskriminierung ausländischer Kinder und MitbürgerInnen, sondern sie versagt als kultureller Protektionismus auch vor den Herausforderungen der Globalisierung.

Ad (2): Generell zeigt sich im Bildungsbereich Handlungsbedarf. Die neueste vom Amt für Statistik publizierte halbjährliche Aktualisierung der Indikatoren für nachhaltige Entwicklung zeigt an, „dass die Bildungschancen von Ausländern sich relativ verschlechtert haben“.²⁰ So ist insbesondere die Gymnasialquote von AusländerInnen gesunken. Da Liechtenstein, wie immer wieder betont wird, nur die Bildung als Rohstoff besitzt, sind pluralistische kulturelle Kompetenzen keineswegs nur ein sozialpolitisches Desiderat, sondern sie stellen kreatives Kapital dar. Der Beitrag, den Zugewanderte mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund hier leisten können, sollte nicht unterschätzt werden. Um dieses Potenzial maximal zu nutzen, müssen die Bildungschancen der Zugewanderten sich jenen der Einheimischen annähern. Dies gilt besonders für Einwandererkinder aus einkommensschwächeren und fremd-

18 Eine ähnliche Intensivierung des Dialektgebrauchs gab es in der Schweiz – aus unterschiedlichen Gründen – einerseits während des Zweiten Weltkriegs (im Kontext der sogenannten „geistigen Landesverteidigung“) und andererseits durch die Jugendbewegungen der 1960er und frühen 1980er Jahre.

19 Wie generell beim Spracherwerb kann auch bei der Erlernung des Dialekts davon ausgegangen werden, dass Kinder etwa bis zum 11. oder 12. Lebensjahr akzentfrei zu sprechen lernen.

20 Brunhart (2012), S. 3. Dazu auch Amt für Statistik (2012), S. 26f.

sprachigen Familien. Zwar ist die Bildungsfrage kein spezifisches Ausländer-, sondern ein Schichtenproblem. Allerdings werden Ausländerkinder aus bildungsfernen und einkommensschwachen Schichten im gegenwärtigen Bildungssystem besonders stark benachteiligt.

Ad (3): Wer Klassenlisten an den weiterführenden Schulen überprüft, wird schnell feststellen, dass es zweierlei Arten von AusländerInnen in Liechtenstein gibt. Einerseits sind sozial, wirtschaftlich und in Bezug auf Bildung gutgestellte AusländerInnen vor allem aus der Schweiz, aus Österreich und aus Deutschland in Kaderfunktionen in der liechtensteinischen Wirtschaft tätig. Ihre Kinder streben ein entsprechend hohes Bildungsniveau an und sind überproportional am Liechtensteinischen Gymnasium vertreten (oder weichen auf private Maturitätsschulen aus – eine Option, die auch von wohlhabenden Liechtensteinern zunehmend genutzt wird). Andererseits gibt es am anderen Ende des sozialen Spektrums eine Schicht von oft ungelernten Gastarbeitern und Aufenthaltlern vor allem aus Ländern des Mittelmeerraums, des ehemaligen Ostblocks und der Türkei, deren Kinder überproportional die Oberschulklassen füllen. Religiöse, kulturelle und Einkommensdifferenzen verstärken sich hier gegenseitig und führen zu einer sozial schwachen Schicht von Ausländern, die insgesamt oft ziemlich isoliert vom mainstream lebt. Es ist aus demografischen und wirtschaftlichen Gründen absehbar, dass Liechtenstein längerfristig einen Zuwachs von Ausländern beider Arten benötigen wird. Es ist anzunehmen, dass sich bei fehlenden Reformen das Bildungsgefälle in den Nachfolgenerationen weiter entlang der sozialen Verwerfungen verschärfen wird.²¹ Im Hinblick auf die voraussichtlich sich weiter erhöhende Präsenz von AusländerInnen in Liechtenstein wäre auch daran zu erinnern, dass die rasante wirtschaftliche Entwicklung dieses ehemals armen Landes nach dem Zweiten Weltkrieg ohne die Mithilfe von Ausländern beider Gruppen nicht möglich gewesen wäre. Ähnliches wird voraussichtlich auch in Zukunft gelten, da die liechtensteinische Wirtschaft einerseits weiterhin gut ausgebildete ausländische Fachleute und Kader benötigt und andererseits auch der steigende Bedarf an Arbeitern und Handwerkern im unteren Einkommensspektrum kaum von Liechtensteinern abgedeckt werden wird. In beiden Bereichen – vor allem im zweiten – ist davon auszugehen, dass mittel- und längerfristig die Arbeitsmigration innerhalb Europas sich erschöpfen wird.²² Die zunehmende Rekrutierung von Arbeitskräften aus relativ fremden, mit westlichen Lebensweisen weniger vertrauten Kulturen wird zwangsläufig zunehmen. Diesem Trend, der sich etwa in Deutschland bereits abzeichnet, wird sich Liechtenstein nicht verschliessen können, wenn es weiterhin wirtschaftlich erfolgreich sein will. Allerdings ist es sozialpolitisch verheerend, wenn Secondos und weitere Einwanderergenerationen nicht zum Bildungserfolg animiert

21 Die Gründe für diese gesamteuropäischen Entwicklungen, denen auch Liechtenstein sich nicht wird entziehen können, erläutert Sarrazin (2010), dessen kontroverses Buch trotz eklatanter analytischer Schwächen (z. B. die wissenschaftlich nicht haltbaren Ausflüge in die Genetik), wichtige Überlegungen zur Zukunft der deutschen und gesamteuropäischen Wirtschaftspolitik (dem eigentlichen Kompetenzbereich des Autors) und ihrer vorhersehbaren demografischen Konsequenzen enthält.

22 Dazu OECD (2011).

werden können. Denn allein aus finanzpolitischer Sicht wird eine solches "Prekariat" längerfristig die Vorteile der Immigration (z. B. bei der Finanzierung von Altersrenten) zunichte machen.²³

KULTURELLE KONFLIKTE UND PROBLEME DER INTEGRATIONSPOLITIK

Es ist voraussehbar, dass unter den geschilderten Umständen die bereits vorhandenen kulturellen Konflikte offener zutage treten werden und Versäumnisse der gegenwärtigen Kultur- bzw. Integrationspolitik in Zukunft zu weiteren massiven wirtschaftlichen, sozialen, bildungspolitischen und grundlegenden innenpolitischen Problemen führen können, die den sozialen Zusammenhalt und inneren Frieden des Landes stark gefährden könnten.

Zwei grundlegende Probleme liegen darin, dass zur Zeit der politische Wille, Migrations- und Zuwanderungsszenarien offen zu diskutieren, relativ schwach ausgeprägt ist und dass es in der liechtensteinischen Bevölkerung einen grossen Nachholbedarf im Verständnis von und im Umgang mit anderen Kulturen gibt. Ausserdem werden ausländische MitbürgerInnen bisher kaum in politische Entscheidungsfindungen einbezogen. Zugleich wurde im vergangenen Jahr (2011) im Landtag auch deutlich, dass ein politischer Einbezug von AuslandslichtensteinerInnen – d. h. von LiechtensteinerInnen, die man mit einigem Recht als Experten im Umgang mit anderen Kulturen bezeichnen könnte – zur Zeit politisch keine Chance hat. Dies liegt nicht zuletzt am politischen System Liechtensteins, in dem die Kreise, die tatsächlich die Ausrichtung des Landes bestimmen, sehr restringiert sind. Dies zeigt sich u. a. an einer sehr starken Hierarchisierung im politischen und gesellschaftlichen Leben sowie an der Delegation weitreichender politischer Befugnisse an den Monarchen, der sich de facto keiner demokratischen Entscheidung fügen muss.²⁴ Im Kontext möglicher kultureller Konflikte durch Migration und Einwanderung ist bemerkenswert, dass sich in Liechtenstein führende Wirtschaftsvertreter immer wieder politisch exponieren – gleichsam als politische Experten ex officio, die sich keiner Wahl stellen müssen. Solche Interventionen betreffen auch grundlegende politische Entscheidungen, deren direkte ökonomische Konsequenzen weder unmittelbar einsichtig noch voraussagbar sind. Das politische und wirtschaftliche Gewicht und der gesellschaftliche Status dieser von seinen Gegnern als "Geldadel" bezeichneten Interessensgruppe von finanziell gut gestellten Unternehmern, Industriemanagern und Bankiers wird auch bei einer solchen aus wirtschaftlicher Sicht weniger relevanten politischen Frage mittels politischem Lobbying, teurer Werbung und apokalyptischen Warnungen an die Bevölkerung geltend gemacht. Ein

²³ Sarrazin (2010) hat diese Problematik erkannt. Allerdings beschreibt er diese Entwicklungen, als ob sie unausweichlich wären und die Politik keinerlei Handlungsfähigkeit mehr besässe. Dies erhöht zwar den Sensationsgehalt seiner Thesen, nicht aber ihre prognostische Glaubwürdigkeit.

²⁴ Die überwältigende Ablehnung der Initiative zur Änderung des in der Verfassung enthaltenen Sanktionsrechts des Fürsten am 1. Juli 2012 dürfte die Delegation politischer Verantwortung auf lange Zeit zementiert haben. Die in der Verfassung von 2003 enthaltene Möglichkeit der Monarchieabschaffung beruht auf einem extrem aufwendigen Verfahren, dessen Durchführbarkeit von vielen Fachleuten angezweifelt wird.

grosses Konfliktpotential könnte sich aus dieser Interventionsfreudigkeit in Bezug auf die zukünftige Migrationspolitik ergeben, da aus wirtschaftlicher Sicht verstärkte Immigration und der Import von benötigten Arbeitnehmern nicht nur als wünschenswert, sondern geradezu lebensnotwendig gelten kann.²⁵ Zugleich leben jedoch viele dieser keiner demokratischen Sanktion ausgesetzten Entscheidungsträger in Villenvierteln und schicken ihre Kinder nicht selten in private Schulen, wodurch sie von den Kontaktzonen der verschiedenen aufeinander treffenden Kulturen oft weit entfernt sind. Es ist unter diesen Umständen nicht erstaunlich, dass bisher in Liechtenstein kaum eine grundlegende und theoretisch informierte politische Debatte über kulturellen Pluralismus und das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen geführt wurde.

AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT

Der hohe Ausländeranteil in Liechtenstein hängt mit der äusserst restriktiven Einbürgerungspolitik zusammen. In Bezug auf Kulturkonflikte oder kulturelle Identifikationsangebote könnte vielleicht argumentiert werden, dass es für eine erfolgreiche Integration keinen Unterschied mache, ob ein Zugezogener sich relativ zügig einbürgern lassen kann oder dazu längerfristig keine Möglichkeit besteht (nicht vor dem 20. Lebensjahr in Liechtenstein ansässige Ausländer müssen 30 Jahre im Land gelebt haben, bevor sie eine erleichterte Einbürgerung beantragen können; ausserdem müssen sie ihre bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben). Dass diese primär politische Restriktion allerdings für die kulturelle Identität der Betroffenen tatsächlich folgenlos bleibt, ist eher unwahrscheinlich. Ganz im Gegenteil gibt es unverkennbare Anzeichen dafür, dass sich der fehlende politische Wille zum Einbezug der nicht als Liechtensteiner geborenen liechtensteinischen Bevölkerung auch in kulturellen Exklusionen spiegelt.

Ein besonders penetrantes Beispiel dafür konnte im Zuge der Neuwahl des Präsidenten des Liechtensteiner Fussball-Verbands (LFV) im Frühjahr 2012 beobachtet werden. Eine erstmals unter dem Namen IG Fussball auftretende Vereinigung meldete sich per Leserbrief in den liechtensteinischen Zeitungen zu Wort. Was sich zunächst wie eine Verteidigung des abgewählten Präsidenten ausnahm, steigerte sich in der zweiten Hälfte des Briefs in eine Tirade, die vor allem gegen die Person des neuen Präsidenten und seine deutsche Nationalität gerichtet war. Anstössig war dabei weniger die Bezeichnung, der neue Präsident und seine Gefolgsleute hätten einen "Putsch" veranstaltet (tatsächlich handelte es sich um eine ordentliche Kampfwahl), als die kryptische Behauptung: "In Deutschland würde man sagen, Deutschland schafft sich ab. In Liechtenstein machen die Leute aber nur die Faust im Sack."²⁶

²⁵ Ich kann hier ein persönliches Gespräch anführen, das ich vor einigen Jahren mit einem leitenden Industriemanager führte, dem aus wirtschaftlichen Gründen die allmähliche Verstärkung des gesamten Talraums Liechtensteins unvermeidlich schien und der eine Bevölkerungszahl von bis zu 100'000 Personen um die Mitte des gegenwärtigen Jahrhunderts für möglich und sozial verkraftbar hielt. Dass schon heute rund die Hälfte der in Liechtenstein Beschäftigten Grenzgänger aus dem benachbarten Ausland sind, zeigt an, dass es bei dieser Problematik wohl keine unausgeschöpften Ausweichmöglichkeiten geben dürfte.

²⁶ IG Fussball (2012).

Dass bereits im Vorfeld der Abstimmung die Nationalität des schon lange in Liechtenstein ansässigen Kandidaten zum Thema und seine Vertrautheit mit den Strukturen des liechtensteinischen Fußballs in Zweifel gezogen wurde, zeigt an, dass es hier nicht allein um eine Personalentscheidung ging, sondern für einen Teil der liechtensteinischen Fußballfunktionäre die Nationalität des LfV-Präsidenten zum Politikum wurde. Ähnliche Vorbehalte werden auch geäußert, wenn von der Intendantin des Theaters am Kirchplatz, dem Direktor des Kunstmuseums oder dem Direktor des Landesmuseums die Rede ist. Berechtigte Diskussionen über die Gewichtung unterschiedlicher Qualifikationen bei solchen Stellenbesetzungen werden allzu oft mit Bedenken über die fehlende liechtensteinische Nationalität des erfolgreichen Kandidaten vermischt. Was vor ein oder zwei Jahrzehnten noch selbstverständlich schien, lässt sich allerdings im heutigen Umfeld der Globalisierung, der europäischen Freizügigkeit und des auch für öffentliche Institutionen verbindlichen Leistungsausweises nicht mehr auf dieselbe Weise rechtfertigen. Auch bei der Ernennung hochqualifizierter Beamter erweisen sich oft ausländische Bewerber als besser geeignet. Dass Spitzenfunktionen in der Kultur und im Sport von Liechtensteinern wahrgenommen werden sollten, scheint allerdings für viele noch ein unumstößliches Desiderat zu sein. Und einige, so die Logik des Leserbriefs, wollen es nicht mehr dabei bewenden lassen, dass sie nur die „Faust im Sack“ machen wie die schweigende Mehrheit, als deren Fürsprecher sie sich verstehen. Stattdessen werfen sie sich zu Repräsentanten des „gesunde[n] Menschenverstand[es]“ auf, den sie all jenen absprechen, die nicht mit ihnen übereinstimmen und der in diesem Zusammenhang fatal an das gesunde Volksempfinden erinnert.²⁷ Dass hier Liechtenstein gerade dabei ist, sich abzuschaffen, wie das Zitat von Thilo Sarrazins Buchtitel „Deutschland schafft sich ab“ suggerieren soll, davon kann keine Rede sein. Eher geht es bei dieser Warnung darum, einem Deutschen zu bedeuten, dass er kein Liechtensteiner ist, und zwar genau dadurch, dass ein wegen seiner fremdenfeindlichen Argumente berüchtigtes deutsches Buch, dem unwillkommenen Deutschen als Spiegel vorgehalten wird. Wer allerdings einen Sturm der Entrüstung in der liechtensteinischen Bevölkerung oder wenigstens eine dezidierte Zurückweisung dieser Auslassungen in den liechtensteinischen Medien erwartet hatte, sah sich getäuscht. Ähnlich wie in der benachbarten Schweiz sind nämlich auch in Liechtenstein deutsche Einwanderer in leitender Stellung willkommenen Gegenstand des Neides. Entsprechende ausländerfeindliche Einstellungen vom rechten Rand des politischen Spektrums sind durchaus salon- und möglicherweise wie in der Schweiz auch mehrheitsfähig.²⁸

27 Ebenda.

28 In der Schweiz wurde diese schon längst gepflegte Antipathie von der SVP-Politikerin Natalie Rickli erstmals deutlich und pauschal ausgesprochen. Vgl. dazu das Interview mit Natalie Rickli auf Blick Online, 29. April 2012 (<http://www.blick.ch/news/schweiz/die-masse-der-deutschen-stoert-mich-id1862944.html>). Spiegel Online veröffentlichte ebenfalls am 29. April 2012 nacheinander zwei Artikel, die sich kritisch mit Ricklis Vorwürfen an die Adresse der Deutschen auseinandersetzen (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,830449,00.html> und <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,830501,00.html>); der zweite trägt den Titel „Gehässigkeiten gegen Deutsche sind salonfähig“ – ein Zitat der CVP-Politikerin Kathy Ricklin.

Als mehrheitsfähig erwiesen sich in der Schweiz die von der SVP lancierten Initiative zum Minarettverbot und die Ausschaffungsinitiative, obwohl sie mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und der eidgenössischen Verfassung kollidieren.

Allerdings betreffen kulturelle und politische Exklusionen viel öfter sozial und wirtschaftlich schwache Immigrantengruppen. Solche oft unterschwellige Diskriminierung ist ursächlich mit der Bildung von Parallelgesellschaften verbunden, deren Verbreitung ausserdem durch die im letzten Jahrzehnt mit enormer Geschwindigkeit weiter entwickelten elektronischen Kommunikations- und Informationsmedien und das durch Satellitentechnologie erweiterte Angebot an internationalen TV-Kanälen begünstigt wird und die nicht ausschliesslich auf die unteren Schichten beschränkt sind. Die Möglichkeiten, mit dem Herkunftsland auf Tuchfühlung zu bleiben und dort möglicherweise auch an politischen Entscheidungen zu partizipieren, haben sich dadurch stetig verbessert. Während diese Möglichkeiten allerdings bei Ausländern aus höheren Bildungsschichten eher zu einer kosmopolitischen Einstellung beitragen und somit gerade auch einen kulturellen Perspektivengewinn für das Aufenthaltsland darstellen können – sofern ihnen ihr Engagement nicht durch nationalistische Parolen (wie im Falle des Fussball-Präsidenten) vergällt wird –, zeigen sich bei Immigranten aus bildungsfernen Schichten eher Abkapselungserscheinungen, die durch kulturelle (vor allem sprachliche und religiöse) Entfremdung massiv verstärkt werden. Diese Tendenz könnte in Liechtenstein in Zukunft deutlich steigen, da hierzulande wie in anderen europäischen Ländern aufgrund der gesamteuropäischen demografischen Entwicklung längerfristig eine zunehmende Rekrutierung von Arbeitskräften, die nicht aus Europa oder aus durch westliche Wertvorstellungen geprägten Kulturen stammen, und damit auch ein intensivierter Kulturkampf zu erwarten ist.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es bemerkenswert, dass die quantitativ markanteste Veränderung in der bereits zitierten, vom Amt für Statistik erstellten Aktualisierung der Indikatoren für nachhaltige Entwicklung den Indikator “Sozialer Zusammenhalt” betrifft, der noch 2011 im neutralen Bereich lag, mittlerweile aber die zweit-schlechtesten Werte aufweist (nach der Mobilität/Verkehrsproblematik), was vor allem mit den verschlechterten Bildungschancen für AusländerInnen zusammenhängt. Tatsächlich war schon der Wert für das Jahr 2011 nicht besonders gut. Als Kleinstaat, dessen kulturelle Identität sich wenig von den umliegenden Regionen unterscheidet und in dem die kulturelle Selbstverständigung eine eher marginale Rolle einnimmt, sieht sich Liechtenstein durch massive Pendlerströme aus dem benachbarten Ausland und einen Ausländeranteil von einem Drittel der Wohnbevölkerung einem schleichenden Identitätsverlust ausgesetzt, der noch dazu durch die hohe Prosperität und die entsprechenden kulturellen Repräsentationsbedürfnisse der in wenigen Jahrzehnten reich gewordenen Liechtensteiner befördert wird. Sowohl die weitere Auslagerung der Arbeitsmigration durch Erhöhung der Pendlerzahlen als auch die kulturelle Isolation der oberen Schichten sind Reaktionsbildungen, die einer defensiven Haltung entspringen und nichts zu dynamischen, durch weltoffenen Pluralismus gekennzeichneten und sich fortlaufend auf neue Anforderungen einstellenden kulturellen Identitätsangeboten beitragen, die Liechtenstein benötigt, um anstehende und zukünftige wirtschaftliche, soziale, innen- und aussenpolitische Herausforderungen bewältigen zu können.

Angesichts der globalen Mobilitätssteigerung und einer in Zukunft weiterhin steigenden Zahl von nicht-europäischen Migranten in Europa ist auch in Liechtenstein mittel- und vor allem langfristig eine stärkere kulturelle Durchmischung der Bevölkerung zu erwarten. Diese Entwicklung wird entsprechende Bildungsangebote bedingen, die sich nicht ausschliesslich und vielleicht nicht einmal primär an AusländerInnen richten, sondern ebenso den Einheimischen die kulturellen Werte und Praktiken ihrer neuen MitbürgerInnen vermitteln. Mit anderen Worten: interkulturelle Lernprozesse können unter pluralistischen kulturellen Bedingungen keine Einbahnstrassen sein; eine erfolgreiche Bildungs- und Kulturpolitik wird in Zukunft ihr Augenmerk auf ein pluralistisch definiertes, an sich stetig verändernde Bedingungen angepasstes kulturelles Basiswissen und interkulturelle Kompetenzen richten müssen – nicht nur um des inneren Friedens und gegenseitigen Verständnisses willen. Gesellschaftlich verankertes, sowohl aus unterschiedlichen Kulturen bezogenes als auch Kulturen übergreifendes Know-How wird auf dem globalen Markt zunehmend zu einem gewichtigen wirtschaftlichen Standortvorteil (wie das Beispiel der USA, des klassischen Einwandererlandes, zeigt).

Richard Florida hat in seinen Studien gezeigt, dass eine solche auf Toleranz beruhende Wissensproduktion in Zukunft weiter an Bedeutung zunehmen wird. Der internationale Wettbewerb unter den Bedingungen der gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation “von der industriellen zur kreativen Wirtschaft” wird sich nicht nur um Technologien und Talente drehen, sondern auch die kulturelle Toleranz als wesentlichen Standortfaktor einschliessen, denn Kreativität ist “vor allem ein breit angelegter sozialer Prozess, der Zusammenarbeit erfordert”.²⁹ Europa und die USA können daher nicht davon ausgehen, dass ihre Wettbewerbsvorteile ohne entsprechende gesellschaftliche Anpassungen auch in Zukunft erhalten werden können. Unter den Bedingungen der kreativen Ökonomie, deren Grundlagen Technologie und Talente – beides äusserst mobile Ressourcen – sind, wird der globale Wettbewerb neu bestimmt. Bestehende Wettbewerbsvorteile sind keine Garantie für zukünftigen Erfolg. Floridas empirische Untersuchungen haben deutlich gemacht, dass im Wettbewerb um Talente selbst Lohnkostenvorteile nicht das entscheidende Kriterium sind, vielmehr stellt “de[r] Faktor der Toleranz, [...] eine eindeutige Quelle von Wettbewerbsvorteilen” dar.³⁰ Sowohl in den USA als auch den führenden europäischen Ländern macht die “kreative Klasse” zur Zeit zwischen 25 Prozent und 30 Prozent der Gesamtbeschäftigten aus.³¹ Der Bedarf ist weiterhin steigend. Bezeichnend ist, dass einige europäische Länder – etwa Italien und Portugal – dabei schon weit abgehängt sind und bei der Umstellung ihrer Wirtschaften auf das neue Kreativ-

29 Florida und Tinagli (2006), S. 19f.

30 Florida und Tinagli, S. 32.

31 Detaillierte Statistiken dazu geben Florida und Tinagli, S. 22 und 36.

modell beträchtliche Schwierigkeiten haben dürften.³² Dass auch Liechtenstein und die Schweiz sich gegenwärtig im sogenannten "Wettbewerb um Menschen"³³ eher schwer tun, lässt sich an der gesteigerten Intoleranz gegenüber Ausländern ebenso ablesen wie am Widerstand gegen andere gesellschaftliche Veränderungen, der in Liechtenstein vor allem von konservativ katholischen und nationalistischen Kreisen ausgeht.³⁴

Auf die gegenwärtige kulturpolitische Situation in Liechtenstein bezogen, wäre etwa die zaghaft stattfindende Entflechtung von katholischer Kirche und Staat eine lohnende Gelegenheit für die Politik (und für die Medien und die allgemeine Bevölkerung nicht weniger), sich Gedanken zu machen über eine umfassendere Erziehung, die unterschiedliche kulturelle Werte zum Thema hat, ohne blindlings der eigenen Tradition den Vorzug zu geben. Selbst wenn es schwierig und unbefriedigend oder vielleicht sogar unmöglich sein mag, ganz von den eigenen Wertvorstellungen und Präferenzen abzusehen, wie Stanley Fish und besonders Charles Taylor gezeigt haben, muss dennoch der Versuch, sich auf andere Kulturen einzulassen, mit einer solchen Abstraktion beginnen. Eine Auseinandersetzung mit Werten, die der eigenen Kultur fremd sind, darf den Grundkonsens liberaler Toleranz zwar nicht verletzen, muss aber zugleich in der Absicht geschehen, über bloss duldende und eigentlich indifferente Toleranz hinauszukommen und stattdessen Respekt oder Achtung für andere Kulturen und Lebensweisen zu erzeugen,³⁵ was allerdings ein Grundverständnis der entsprechenden Ideen und kulturellen Praktiken voraussetzt. Gerade in einer solchen Form der kulturellen Anerkennung (d. h. einer Anerkennung, die weit über die prototypische liberale Anerkennung unter Individuen hinausgeht), die zu einer Kultur der Vielfalt führt, sieht Jeffrey Abramson eine Stärkung der Demokratie, denn einerseits führt sie zu einer "erweiterten Denkungsart"³⁶, während Respekt andererseits gerade nicht die indifferente Haltung der klassischen Toleranz reproduziert, sondern "stichhaltige moralische Urteile über den Wesensgehalt einer politischen oder religiösen Doktrin ab[gibt]".³⁷ Es muss nicht betont werden, dass auch die eigene Tradition jederzeit einer solchen Prüfung unterzogen werden muss.

32 Florida und Tinagli zitieren Daten der International Labor Organization, aus denen hervorgeht, dass in Italien und Portugal weniger als 15 Prozent der Beschäftigten der kreativen Klasse zugehören (S. 23). Tatsächlich ist in Portugal der kreative Sektor seit 1995 sogar geschrumpft. Auch Frankreich, Österreich und Griechenland befinden sich in einer unterdurchschnittlichen Situation (S. 24).

33 Florida und Tinagli, S. 21.

34 Florida und Tinagli führen neben den Einstellungen gegenüber Ausländern auch die Haltungen gegenüber Frauen und Homosexuellen als verlässliche Indikatoren der Offenheit einer Gesellschaft und damit ihrer Positionierung im Wettbewerb um kreative Ressourcen an.

35 Das Ungenügen blosser Toleranz und die Notwendigkeit eines substanzielleren Respekts im interkulturellen Umgang betont Abramson (2002).

36 Arendt (1982), S. 71f. übernimmt aus Kants Ästhetik den Begriff der "erweiterten Denkungsart" und formt ihn zu einem Grundbegriff ihrer einflussreichen politischen Theorie um.

37 Abramson (2002), S. 235.

Noch wichtiger ist ein anderer Unterschied zwischen Toleranz und Respekt: "Wer tolerant ist, muss die Gebetsstätten, Schulen, Parks oder Wohnungen anderer eigentlich niemals betreten"³⁸ – diese Ignoranz ist die Kehrseite toleranter Indifferenz, und sie ist wohl auch in Liechtenstein und selbst unter liberalen Liechtensteinern an der Tagesordnung. Abramson argumentiert dagegen, dass die demokratische Vielfalt besser gegründet sei, "wenn die Bürger [...] sich getrauen, das 'Anderssein' der anderen aus erster Hand zu erfahren und zu schätzen".³⁹ Eine erfolgreiche kulturell pluralistisch ausgerichtete Gesellschaft wird daher nicht aus Parallelgesellschaften bestehen, die sich im besten Fall gegenseitig tolerieren und allenfalls ab und an interkulturell austauschen (was allerdings verglichen mit dem Ist-Zustand vieler westlicher Gesellschaften schon eine beachtliche Verbesserung wäre), sondern sie wird sich durchgängig als vielfältiges kulturelles Gemeinwesen definieren – als eine Vereinigung nicht nur von liberalen (d. h. abstrakten) Subjekten, sondern auch als eine Vielheit von unterschiedlichen, zuweilen auch inkompatiblen oder in Konflikt stehenden Kulturen. Eine solche Gemeinschaft des Dissens kann sich nicht ohne weiteres auf vorgängige substantielle Regeln berufen, um ihre kulturellen Konflikte zu lösen, sondern sie muss entsprechende Entscheidungen pragmatisch und allein mittels allgemein einsehbarer rationaler Verfahrensweisen fällen.⁴⁰

Voraussetzung für den Erfolg dieser Massnahmen ist ein grundlegendes Umdenken, das die kulturelle Identität – ob auf kommunaler oder auch auf nationaler Ebene – als kontinuierlich im Werden und somit als auf die Zukunft hin offen versteht. Weder Inhalt noch Ausformung einer Kultur können ohne präzisen historischen Index bestimmt werden, da sie jederzeit unvorhersehbaren Veränderungen unterworfen sind. Diese Grundvoraussetzung sollte nicht nur in Bezug auf die eigene Kultur im Auge behalten werden, sondern auch dann, wenn die Kulturen, aus denen Migranten stammen, allzu schnell im öffentlichen Diskurs auf bestimmte allgemeine Attribute festgelegt werden. Ferner sollte eine den Anforderungen der globalen kulturellen Vielfalt gerecht werdende Kulturpolitik sich die durch geduldige Analysen gestützte fundamentale Einsicht Amartya Sens zu eigen machen, dass in unserer spätmodernen Gesellschaft kein Individuum auf eine einzige kulturelle Konstante reduziert werden kann, da jeder Einzelne jederzeit vielfältige gesellschaftliche Identitätsangebote wahrnimmt und damit über eine multiple kulturelle Identität verfügt. Das von Samuel Huntington propagierte kulturalistische Denken, das gleichsam die akademisch verbrämte Version einer unzulässig vereinfachten, auch in Liechtenstein populären Identitätspolitik darstellt, sollte deshalb durch aufklärerische Massnahmen bekämpft werden. Das zunächst noch utopisch anmutende Ziel wäre es, die einfache Dichotomie zwischen einem "Wir" und den "Anderen" aufzuweichen und zu zeigen,

38 Abramson (2002), S. 243.

39 Abramson (2002), S. 243.

40 Dabei geht es nicht darum, einem Kultur- oder Werterelativismus das Wort zu reden, der jede gängige Praxis im Namen kultureller Differenz billigt. Zwar wären gerade auch jene Gruppen und Ideen zu tolerieren, die ihrerseits keine Toleranz demonstrieren, allerdings nur solange sie nicht zur Gefahr des Staates oder zur Bedrohung von Leib und Leben von bestimmten Individuen oder Gruppen werden. Auf Respekt hätten sie jedoch keinen Anspruch.

dass es keine derart eindeutige kulturelle Grenzlinie zwischen einheimischen und ausländischen Menschengruppen gibt, denn je nachdem welches Kriterium als das entscheidende angesehen wird (bei Huntington zum Beispiel die dominante religiöse Ausrichtung einer Weltgegend), werden sich bei gleich bleibendem Personalbestand die Gruppen jeweils anders zusammensetzen.⁴¹

⁴¹ Besonders wichtig ist es, die fatale Gleichung von Religionszugehörigkeit und einer bestimmten politischen Orientierung (einschliesslich der Tendenz, eine Politik der Gewalt zu befürworten) zu hinterfragen, die für Huntingtons wirkungsmächtige Studie bezeichnend ist und die auch in Liechtenstein besonders in Bezug auf den Islam in den Medien stark betont wird (vgl. die zahlreichen "Nota bene"-Kolumnen von Manfred Schlapp im Liechtensteiner Vaterland seit dem 11. September 2001). Um die Problematik kulturalistischer Identitätsbestimmungen zu verstehen, genügt es, sich vorzustellen, man würde qua Liechtensteiner ausschliesslich als Christ in der Tradition von Bischof Haas wahrgenommen.

Abramson, Jeffrey (2002). Das Ideal demokratischer Gerechtigkeit. Toleranz oder Respekt? In: Alfred Herrnhäuser Gesellschaft für internationalen Dialog (Hg.): Das Ende der Toleranz? Identität und Pluralismus in der modernen Gesellschaft. München: Piper, S. 230-243.

Amt für Statistik (2011). Bevölkerungsstatistik. 31. Dezember 2010. Vaduz: Amt für Statistik.

Amt für Statistik (2012). Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung 2012. Vaduz: Amt für Statistik.

Arendt, Hannah (1982). Lectures on Kant's Political Philosophy. Chicago: University of Chicago Press.

Brunhart, Richard (2012). Verkehr bleibt das grösste Sorgenkind. In: Liechtensteiner Vaterland, Mittwoch, 6. Juni 2012, S. 3.

Buruma, Ian (2002). Wo kulturelle Toleranz endet. Über Maßstäbe und deren Mißbrauch. In: Alfred Herrnhäuser Gesellschaft für internationalen Dialog (Hg.): Das Ende der Toleranz? Identität und Pluralismus in der modernen Gesellschaft. München: Piper, S. 244-254.

Dürrenmatt, Friedrich (1989). Durcheinandertal. Zürich: Diogenes.

Fish, Stanley (1997). Boutique Multiculturalism, or Why Liberals Are Incapable of Thinking about Hate Speech. In: Critical Inquiry (23), S. 378-395.

Florida, Richard; Tinagli, Irene (2006). Technologie, Talente, Toleranz. In: Perspektive21 (Heft 31), S. 19-39.

Huntington, Samuel P. (1993). The Clash of Civilizations? In: Foreign Affairs (72) (3), S. 22-49.

Huntington, Samuel P. (1996). The Clash of Civilizations and the Remaking of the World Order. New York: Simon & Schuster.

IG Fussball (2012). Zur Wahl LFV (Ab-)Wahl. In: Liechtensteiner Vaterland, Samstag, 31. März 2012, S. 16.

OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) (2011). International Migration Outlook 2011. Paris: OECD Publishing.

Sarrazin, Thilo (2010). Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München: Deutsche Verlags-Anstalt.

Sen, Amartya (2006). Identity and Violence. The Illusion of Destiny. New York: Norton.

Taylor, Charles (1994). The Politics of Recognition. In: Amy Gutmann (Hg.): Multiculturalism. Examining the Politics of Recognition. Princeton: Princeton University Press, S. 25-73.

